

Wie vieles andere in diesem Land muss auch Deutschlands Europapolitik erneuert werden. Sie sollte dabei von folgenden Prämissen getragen sein, die anerkennen, dass Deutschlands Interessen nicht automatisch beanspruchen können, „im Namen Europas“ zu gelten. Deutschlands Europapolitik aber muss wieder europakompatibel sein und die Europafähigkeit unseres Landes stärken.

## Chancen wahrnehmen

Die Zukunft der Europäischen Union muss wieder von ihren Chancen und nicht vorwiegend von ihren Grenzen her betrachtet werden, um die Ängste und Vorbehalte, die weithin in der Bevölkerung grassieren, aufzufangen. Die wesentlichen Diskussionen in Bezug auf den unausweichlichen Umbau des Sozialstaates sind von dem Eindruck geprägt, Politik sei nurmehr ein Reparaturbetrieb, dessen heimliches oder offenes Ziel darin besteht, in Manier von Raubrittern und camoufliert durch eine undurchdringliche Sprache, mit immer neuen Wortungetümen und technokratischen Begriffskapriolen den Menschen Geld aus der Tasche zu nehmen, Besitzstände anzugreifen und den Niedergang des Landes zu gestalten.

Die europäische Integration war in den vergangenen Jahrzehnten Ausdruck der Hoffnung auf einen friedlichen und in Freiheit geeinten Kontinent. Sie kann und muss in den vor uns liegenden Zeiten Voraussetzung dafür sein, dass Europa sich in der globalisierten Welt behaupten kann und die Welt der Globalisierung mit eige-

nen Vorstellungen und aus eigenem Willen heraus mitgestalten kann. Europa kann sich der Welt des 21. Jahrhunderts nicht entziehen – oder höchstens um den Preis, eine irrelevante und zusehends verarmende Insel zu werden, die in Selbstüberschätzung sowohl die Chancen der Globalisierung versäumt als auch die Herausforderungen der Globalisierung unterbewertet. Leider ist in dieser Hinsicht gerade in Deutschland in den vergangenen Jahren – und *notabene* seitdem das Hauptaugenmerk des Landes sich auf die Fragen im Zusammenhang mit der nationalen Wiedervereinigung fokussiert hat – vieles versäumt worden.

## Europarecht umsetzen

Deutschland muss Europa wieder als Rechtsgemeinschaft annehmen und den unersetzbaren Wert dieses eigentlichen Grundzuges der europäischen Integration in der Bevölkerung neu verankern. Die EU als Rechtsgemeinschaft annehmen aber heißt, dass in Zukunft bizarre Maßnahmen der Beugung des Europarechtes verhindert werden, wie dies in den vergangenen Jahren in spektakulären und weniger spektakulären Fällen geschehen ist (vom Österreich-Boycott bis zur Brechung des Stabilitätspaktes). Noch prinzipieller ist die Notwendigkeit, in Deutschland für den Primat des Europarechtes und damit für den Primat des Europäischen Gerichtshofes zu werben. Und: Leider ist die Einsicht nicht allzu weit verbreitet – aber sie ist wahr –, dass sich der Europäische Gerichtshof in den vergangenen Jahren als

der eigentliche Motor von deregulierenden Reformen in Deutschland erwiesen hat, die zur Vollendung eines offenen Binnenmarktes erforderlich waren. Im Bezug auf den Dienstleistungssektor, einschließlich des Bankenbereiches, herrscht in Deutschland nach wie vor eher Widerstand gegen die Annahme dieser Einsicht und die Umsetzung der erforderlichen europäischen Beschlüsse. Das unselige und überparteiliche Versagen des deutschen Politikbetriebes bei der nationalen Umsetzung des Europäischen Haftbefehls war nicht nur ein schwerer Rückschlag im Kampf gegen den Terrorismus, sondern auch ein Rückschlag für die Annahme der EU als einer Rechtsgemeinschaft, deren Rechtssetzung gerade in elementaren Fällen der erforderlichen Gemeinschaftssolidarität Vorrang vor nationalen Ausstiegskautelen gegenüber dem gemeinschaftlich vereinbarten Recht haben muss. Deutschland schneidet im Übrigen im EU-Vergleich keineswegs gut ab in Bezug auf die Umsetzung des europäischen Rechtes in nationales Recht.

### Gemeinschaftsverständnis fördern

Die deutsche Europapolitik muss sich wieder als Mittler verstehen, der dazu beiträgt, dass ein genuines und gemeinsames europäisches Interesse aller beteiligten Partner wachsen kann. Die unseligen Trennungen zwischen Kleinen und Großen, Alten und Neuen, Reichen und Armen in der EU zu überwinden ist ebenso notwendig im deutschen Interesse wie die Überwindung jenes künstlichen und unfruchtbaren Streits um die Frage, ob die europäische Integration in diesem oder jenen Falle nun ein Mehr an intergouvernementalen oder ein Mehr an supranationalen Strukturen bedeutet. Deutschlands Interesse muss es sein, daran mitzuwirken, dass unter allen beteiligten Partnern in der Sache ein europäischer Mehrwert wachsen kann, der sich in unterschiedlichen Themen unterschiedliche Formen geben

mag, gleichwohl aber ein genuines und gemeinschaftliches politisches europäisches Interesse widerspiegelt. Deutschland muss also Moderator sein und darf nicht den Eindruck erwecken (oder gar das Ziel verfolgen), Dominator sein zu wollen – und wenn es nicht qua Durchsetzung eigener Ziele geht, dann in der Gestalt einer Vetomacht. Von beiden unseligen Beispielen waren die letzten Jahre erfüllt. Dies hat zu Irritationen, gar zu anti-deutschen Reaktionen in anderen EU-Partnerländern geführt – und angesichts der deutschen Wirtschaftsmalaise eher zu Häme und Schadenfreude als zur Stärkung der Einsicht, dass Europa nur gemeinsam – mit den Deutschen und auch zu ihrem Wohle – aus der Stagnation und Zukunftsangst herausfinden kann, die sich in hohen Arbeitslosenzahlen, schwindender Wettbewerbsfähigkeit und hilflos anmutenden Verstrickungen in die Reparaturarbeiten am nationalen Wohlfahrtsstaat ausdrücken.

In diesem Zusammenhang ist es von elementarster Bedeutung, dass deutsche Politiker und sonstige Akteure des öffentlichen Lebens sich in respektvoller Weise wieder um die Beziehungen zu den kleineren Staaten und Völkern in der EU bemühen. Es gibt kein europäisches Naturgesetz, demzufolge die Größe einer Bevölkerung oder eines Staatsterritoriums etwas aussagt über den europafreundlichen und europafähigen Inhalt der dortigen Wirklichkeiten und Diskussionen. Es liegt in Deutschlands vorrangigem Interesse, als Partner aller EU-Staaten Respekt vor jedem von ihnen zu zeigen.

### Transatlantische Beziehungen stärken

Deutschlands Außen- und Europapolitik muss sich wieder darin auszeichnen, Brücken zwischen der Formierung europäischer Interessen und den unaufgebbaren Anliegen der Neustärkung und Neubegründung der transatlantischen Bezie-

*„Deutschlands Europapolitik muss wieder zum Motor einer aktiveren Nachbarschaftspolitik der EU werden.“ (Ludger Kühnhardt)*

© dpa, Foto: Michael Rosenfeld



hungen zu leisten. Deutschland muss Vorreiter der Förderung der Idee einer Atlantischen Zivilisation sein, die sich nicht in einem falsch verstandenen und unergiebigem „Entweder-oder“ zwischen transatlantischen Interessen und europäischer Integration ergeht, sondern dort stärkend wirkt, wo die Verknüpfung beider Anliegen offenkundig ist, dort vermittelnd wirkt, wo natürliche Interessendivergenzen auftreten, oder dort mäßigend wirkt, wo Unterschiede nicht überwunden werden können, gleichwohl aber der Bestand des Gemeinsamen betont werden muss, um die Proportionen im Verhältnis von „Disput“ und „Gemeinsamkeit“ nicht aus dem Auge zu verlieren.

Die Zukunft des Verhältnisses zwischen dem Westen und der islamischen Welt im größeren Nahen Osten und die Zukunft des Verhältnisses zwischen Europa und seinem unmittelbaren Nachbarkontinent Afrika sind die vorrangigen Testfälle für die Frage nach der moralischen Stärke und Glaubwürdigkeit „des

Westens“. Der „Westen“ aber ist nichts anderes als die transatlantische Zivilisation. Gelingt dieser ein gemeinsames Management globaler Herausforderungen, vor allem in Bezug auf die innere Reform und Neuordnung des erweiterten Nahen Ostens, so dürften Erfolge nicht ausbleiben. Versagt die transatlantische Gemeinschaft, die ihre Stärke nicht in einer banalen Gemeinsamkeit, sondern in vielerlei Hinsicht in komplementärer Differenz hat, so mangelt es an globaler Problemlösungskraft. Und nach aller bisherigen Erfahrung wird auch die innere Balance innerhalb des europäischen Integrationsprozesses unter jedem transatlantischen Divergenzsyndrom leiden.

### Globalisierung initiieren

Deutschlands Europapolitik muss einen Beitrag dazu leisten, dass der Prozess der europäischen Integration weder als Antithese zur Globalisierung noch als Mittel zur Verhinderung der Globalisierung und ihrer Effekte für Europa verstanden wer-

den kann. Tatsächlich ist die europäische Integration eine Art vorweggenommener Globalisierung in einer Region, initiiert mit politischen Mitteln und Zielen. Die Europäische Union ist mithin der wichtigste Rahmen für alle Unionsbürger, um gemeinsame Wege zu stärken, die die dringend gebotene Wiederherstellung wirtschaftlicher Dynamik in der gesamten EU mit den Chancen und Pflichten der EU als globaler Partner (auch in sicherheitspolitischer Hinsicht) verbindet. Das eher unbeholfene und ebenso missverständliche wie ungenaue Wort vom „europäischen Sozialmodell“ muss um die Dimension der Frage erweitert werden, welchen Beitrag die europäische Integration leisten kann und leisten will, um als Partner der Welt zu wirken, sowohl der wohlhabenden als auch der armen und bisher marginalisierten Welt. Deutschland sollte in diesem Zusammenhang auch Abstand nehmen von dem unterdessen nachgerade lächerlichen (und faktisch gescheiterten) Versuch, einen nationalen Sitz im UNO-Sicherheitsrat zu erringen und stattdessen auf einen rotierenden Sitz für die EU und weitere analoge Sitze für andere Regionalorganisationen in der Welt (unter Anerkennung einer privilegierten Sonderrolle Frankreichs und Großbritanniens in diesem Gremium) hinarbeiten.

### Identifizierung ermöglichen

Deutsche Europapolitik muss einen erkennbaren Beitrag dazu leisten, dass die europäische Gesellschaft, die sich Schritt um Schritt zu formieren begonnen hat, weiter gefördert und auch in der Breite der deutschen Gesellschaft als Ausdruck einer Identitätsergänzung und Identitätserweiterung akzeptiert werden kann. Für die Politik bedeutet dies, die deutsche Gesellschaft zu ermuntern und es ihr zu ermöglichen, den Vergleich mit den Entwicklungen in den europäischen Partnerländern und -gesellschaften hinsichtlich gesellschaftlicher Entwicklungen und poli-

tischer Entscheidungen sowie ihrer jeweiligen Folgenabschätzung besser und systematischer als bisher vornehmen zu können. Für die deutsche Gesellschaft bedeutet dies, die Akteure der deutschen Politik – und zwar weit über den Bereich der Europapolitik hinaus, denn diese Aufgabe berührt alle Politikfelder – zu drängen, in ihren Diskussionen und Entscheidungen die Frage einzubeziehen, inwieweit deutsche Lösungen europakompatibel sind, europäische Erfahrungen reflektieren und dazu beitragen, dass Deutschland wieder Anschluss an die Spitzenreiter der wirtschaftlichen und soziokulturellen Dynamik in Europa findet, das heißt an Länder und Gesellschaften, die von einem Willen zur Verbesserung der eigenen Lage umgetrieben sind. Die regelmäßige Abgabe eines nationalen Berichtes über den Stand der Europafähigkeit Deutschlands und der Europakompatibilität deutscher politischer Vorhaben wäre eine nützliche, wenngleich keine erschöpfende Maßnahme, die von der Bundesregierung und/oder vom Deutschen Bundestag initiiert werden sollte.

### Potenziale der Bundesländer nutzen

Die deutsche Europapolitik muss systematisch und nachhaltig die Rolle der Bundesländer stärken. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, wie es seit dem Vertrag von Maastricht zum *acquis communautaire* gehört und mit der Europäischen Verfassung eine weitgehende Konkretisierung gefunden hat, haben die Bundesländer allen Grund, ihre jeweiligen spezifischen Potenziale in dem fortschreitenden Prozess der Europäisierung zur Geltung zu bringen. Dies wird unweigerlich zu verstärkten Formen des Wettbewerbsföderalismus führen und zu einer weiteren Aufweichung des ohnehin nur mehr verfassungsrhetorischen Postulates bezüglich der Stärkung einheitlicher Lebensverhältnisse in Deutschland. Zur Erneuerung Deutschlands gehört die Motivation und

Nutzung der spezifischen Möglichkeiten der Bundesländer – vom Wettbewerb um den Wirtschaftsstandort bis zur Frage der Stärkung der regionalen Identität und der grenzüberschreitenden Verknüpfung mit europäischen Nachbarregionen – elementar dazu. Solange Deutschland in der nationalen Ost-West-Fokussierung gefangen bleibt, einschließlich der Fortführung der Solidaritätssteuer, können weder die östlichen noch die westlichen Bundesländer ihre spezifischen Möglichkeiten optimal in den Prozess der Europäisierung einbringen. Der Bund muss – bei aller berechtigten Wahrung der nationalen Einheit – die Länder in ihrer genuinen Europaöffnung und Chancennutzung im Prozess der Europäisierung stärken. Die unerledigte Föderalismusreform ist somit ein Schlüssel zur Erneuerung der Europafähigkeit Deutschlands, sofern dadurch tatsächlich die Chancennutzung seiner Länder gemehrt wird.

### Nachbarschaftspolitik gestalten

Deutschlands Europapolitik muss wieder zum Motor einer aktiveren Nachbarschaftspolitik der EU werden. Es ist von den Grenzen und Ängsten her gedacht, solange die Nachbarschaftspolitik nur als Strategie der Verhinderung einer EU-Mitgliedschaft gesehen wird. Dies gilt vor allem für die Länder des „westlichen Balkans“, ebenso aber auch für die Türkei und perspektivisch für die Ukraine und für Georgien. Solange man sich unter „privilegierter Partnerschaft“ vor allem vorstellen kann, dass sie eine Mitgliedschaftsverhinderung bedeutet, ist dieser Denkansatz kein ausreichender Ratgeber für die aktive Gestaltung der europäischen Nachbarschaftspolitik aus Sicht deutscher Interessen. Die deutsche Europapolitik wäre gut beraten, einen systematischen Bericht über mögliche – positive wie ambivalente – Folgen der EU-Mitgliedschaft des westlichen Balkans, der Türkei und perspektivisch der Ukraine und Georgiens zu erar-

beiten, der sich nicht mit einer Bestandsaufnahme der derzeitigen Lage und einer Anrufung der Ängste und Probleme abfindet, sondern auch die Frage nach den Chancen in ihrer langfristigen Perspektive reflektiert. Dieser Bericht müsste auch ehrlich die Folgen einer Nichtmitgliedschaft der genannten Länder und Regionen thematisieren.

### Deutsch-französisches Verhältnis neu bestimmen

Deutschlands Europapolitik muss eine positive Neubestimmung des deutsch-französischen Verhältnisses in der EU finden. Das in früheren Jahrzehnten elementare Ur-Verhältnis eines zukunftsorientierten, schwungvollen und anerkannten Motors der europäischen Integration ist in den letzten Jahren zu einer Kombination von Vetoblock, Dominanzanspruch und Stagnationsinbegriff geworden. In einer EU, die ihre *raison d'être* aus der Antwort Europas auf den Lauf der Dinge in der globalisierten Welt und in der Bestimmung der globalen Rolle Europas finden muss, kommt Frankreich und Deutschland erneut eine dienende Funktion gegenüber den anderen Partnern und im Blick auf die Herstellung eines gemeinschaftlichen europäischen Mehrwertes zu. Deutschland und Frankreich sollten an die Spitze derer in der EU treten, die Lernbereitschaft zeigen – von pathologischen Diskussionen in Frankreich über die atlantische Dimension der europäischen Integration bis zur Stilisierung oder einfachen Negierung des sozialen und ökonomischen Niedergangs in Deutschland, der verdeckt, dass es in anderen EU-Ländern eben doch vorangeht und der Wille zur Zukunft nicht überall derart gebrochen ist wie zurzeit in Deutschland. Nur auf diese Weise wird das deutsch-französische Verhältnis künftig seine Rolle für die Integration in Europa überhaupt rechtfertigen können. In diesem Zusammenhang müssen Deutschland und Frankreich vor allem auch die

Erfolge der wirtschaftlichen Erneuerung in Großbritannien offensiver auf ihre Übertragbarkeit hin prüfen. Gleiches gilt für die erfolgreiche Einführung der *flat tax* in einer Reihe europäischer Staaten; die *flat tax* kann nachweislich der dortigen Erfahrungen nicht gegen das Argument der sozialen Gerechtigkeit ausgespielt werden, sondern im Gegenteil dient sie dieser und würde es auch bei ihrer Einführung in Deutschland tun.

Vor diesem Hintergrund wird auch deutlich, warum Deutschland sich gleichzeitig zur Neubestimmung des deutsch-französischen Verhältnisses entschieden für eine neue Stärkung der deutsch-polnischen Beziehungen engagieren muss. Den deutsch-polnischen Beziehungen kommt die gleiche moralische und politische Bedeutung zu wie den deutsch-französischen Beziehungen. In den vergangenen Jahren hat fast ein Prozess der Entfremdung um sich gegriffen, vor allem angetrieben von neuer deutscher Überheblichkeit und von den eigenartigen Ideen über eine Achse Berlin–Paris–Moskau, die in Polen nur unmittelbares Entsetzen auslösen kann. Dadurch ist für die innere Balance in der EU und für ihre geopolitische Kraft ein schlechter Weg eingeschlagen worden, der dringend korrigiert werden muss. Dabei kommt es auf die Bestimmung des Zieles der deutsch-polnisch-französischen Zusammenarbeit an: Sie muss alle EU-Partner mit ihren jeweiligen Interessen und Perspektiven zusammenführen und nicht spalten. Sie muss dem europäischen Gemeinwohl zuarbeiten und dieses nicht durch irgendeine Form des renationalisierten Denkens unterlaufen.

### Budgetkrise überwinden

Kurzfristig und vor allem anderen muss die deutsche Europapolitik die Neuordnung der europäischen Prioritäten und die daraus erwachsende Umsteuerung der Budgetausrichtung der EU in einem

Geist mitgestalten und vorantreiben, der die EU besser zur Bewältigung der Chancen und Herausforderungen der EU im Globalisierungszeitalter hinführt. Der Überwindung der aktuellen Budgetkrise der EU – die ihre tiefere Ursache nicht in britischer Engstirnigkeit, sondern im Modernisierungsunwillen Frankreichs, Deutschlands und einiger weiterer EU-Partner hat – kommt unmittelbare strategische und symbolische Bedeutung für die Beantwortung der Frage zu, in welcher Verfassung die EU sei und welcher Verfassung sie bedürfe, um mit den Mitteln der Politik die Lebensumstände der Unionsbürger zu verbessern. Erste Priorität für die neue Bundesregierung muss daher ein konstruktiver Beitrag und ein wohlmeinendes Bemühen um alle benötigten Partner in der EU sein, eine finanzielle Perspektive für den Zeitraum 2007 bis 2013 zu realisieren. Entscheidend ist eine substanzielle Umschichtung der absurd hohen Agrarsubventionen (die faktisch einen Rabatt für Frankreich, Deutschland und andere Empfängerländer von Agrarsubventionen bedeuten und dringend auf das System der nationalen Co-Finanzierung umgestellt werden müssen, wenn sie denn in diesem oder jenen Land unbedingt beibehalten bleiben sollen). Zu Recht behält sich Großbritannien den eigenen, seit 1984 geltenden Rabatt als Joker bei, um auch die anderen Partner zur gemeinsamen Aufgabe einer absurden und zukunftsfeindlichen, ja letztlich skandalösen Budgetstruktur zu bewegen. Aus der falschen Struktur hinauszugelangen und überzeugend darzulegen, dass die EU künftig die europäischen Zukunftschancen und nicht länger die europäische Vergangenheit fördert, wird ein Schlüssel zur Wiederherstellung der erschütterten Legitimität der europäischen politischen Klasse sein. Wenn dies gelingt, kann auch die Ratifikation der dringend erforderlichen Europäischen Verfassung, allen Unkenrufen zum Trotz, gelingen.